

## Populismus und Elitenverachtung

# Zuhören als Haltung

Stefan Hofmann

Politikverdrossenheit und Elitenverachtung sind längst keine Randerscheinungen mehr. Das Verhältnis zwischen dem Staat und seinen Bürgerinnen und Bürgern hat sich radikal verändert und bedarf deshalb neuer Formen der Legitimation. Die repräsentative Demokratie ist mehr denn je auf einen fruchtbaren Austausch zwischen Politik und Bevölkerung angewiesen. Wer behauptet, verantwortlich für die derzeitigen Missstände seien allein die Bürgerinnen und Bürger, verkennt die Verantwortung der Politik.



Der Krieg als Bindemittel? Angesichts des russischen Überfalls auf die Ukraine und des damit verbundenen Zusammenrückens vieler demokratischer Staaten keimt bei manch einem die Hoffnung auf, Europa könne viele trennende Zwistigkeiten hinter sich lassen. Diese Hoffnung könnte aber auch verfrüht sein, denn Populismus und Elitenverachtung haben sich in den vergangenen Jahrzehnten nicht nur in Deutschland, sondern weltweit in vielen etablierten Demokratien festgefressen, erst ganz langsam, dann jedoch mit zunehmender Vehemenz.

Politikverdrossenheit, Wutbürgerinnen und Wutbürger, Querdenkerinnen und Querdenker, in vielen Facetten erleben wir Phänomene der Distanzierung wachsender Bevölkerungsgruppen von repräsentativen Entscheidungsmustern und deren Vertreterinnen und Vertretern. Die Corona-Krise wirkt als Brandbeschleuniger für einen Konflikt, der um die Legitimität von Entscheidungsverfahren und Diskursmustern entbrannt ist. Die Auseinandersetzung wird von jenen instrumentalisiert, denen der freiheitliche, demokratische Rechtsstaat ohnehin ein Dorn im Auge war. Wir erleben Momente der Eskalation bis hin zur physischen Bedrohung und Gewalt. Tabubrüche, Beleidigungen, Nötigungen im Bundestag, Ausschreitungen, Morddrohungen und leider auch mehr: Die politische Kultur steht heute spürbar unter Druck!

## Zwei Risiken für die Demokratie

Für die Demokratie entstehen zwei Risiken. Zum einen wächst die Unversöhnlichkeit zwischen den jeweiligen Lagern – ob beim Umgang mit Geflüchteten, bei der Impfpflicht oder sogar innerparteilich bei der Entscheidung zwischen Kandidatinnen und Kandidaten für politische Ämter. Der vom Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel als vital erkannte „nichtkontroverse Sektor“<sup>22</sup> über die Legitimität von Entscheidungswegen und die Eskalationsgrenze politischer Diskurse schmilzt ab. Politischer und gesellschaftlicher Zusammenhalt nehmen ab. Es kommt zu einer schleichenden Delegitimierung repräsentativer Entscheidungsverfahren.

Zum anderen sinkt für viele die Attraktivität eines aktiven politischen Engagements. Kaum eine Politikerin, kaum ein Politiker, die oder der nicht harten Anfeindungen ausgesetzt ist. Viele fragen sich bei der Überlegung über ein politisches Engagement: „Will ich mich dem aussetzen?“ Damit setzt sich potenziell eine Negativspirale in Gang. Zugespitzt: Nur die „Hartgesottene(n)“, die Konflikte gut aushalten, aber nicht zwingend gut moderieren können, streben langfristig – so die Hypothese – noch in die Politik. In der Folge könnte der politische Dialog zwischen politischer Führungselite und Bürgerschaft an Empathie (weiter) verlieren. Eine andere Vermeidungsstrategie für eskalierende Konflikte ist die Flucht vor persönlicher Exposition durch inhaltliche und öffentliche Positionierung in eine Form der (vermeintlich) rein sachbezogenen Expertenpolitik. Auch das mit absehbar pro-

blematischen Konsequenzen, da Politik am Ende immer ein Abwägen zwischen konkurrierenden Werten und Optionen ist. Diese Dilemmata können nur erklärt, selten aufgelöst werden. Das bedeutet am Ende Positionierung und damit Angreifbarkeit.

## Vier Faktoren für Entfremdung und Distanzierung

Die Ursachen dieser zumindest in Teilen stattfindenden Distanzierung und Entfremdung zwischen Bürgerinnen und Bürgern und deren gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten sind diffus. Vier Faktoren scheinen relevant.

### Faktor 1: Agoraphobie und Klaustrophobie

Die Phänomene von Pluralisierung der Lebensstile und Individualisierung nach einer Phase des Aufatmens in den 1980er-Jahren, in denen immer mehr Menschen das Joch vorgegebener Lebensentwürfe abwarfen, scheinen für manche in einer Art Agoraphobie, einer Angst vor der Orientierungslosigkeit des weiten Raums zu münden. Die Qual der Wahl des eigenen Lebensentwurfs geht mit der Beklommenheit einher, nicht das Optimum aus dem eigenen Leben herauszuholen. Diese Angst sucht nach einem Auslöser, einem Grund, einer Ursache. Aus diesem Gefühl von Hilflosigkeit entsteht nicht selten Wut. Diese entlädt sich an eher zufällig ausgewählten Sündenböcken: Flüchtlingen, „Ausländerinnen“ und „Ausländern“, religiösen und sexuellen Minderheiten.

Nicht für alle mündete die Pluralisierung in Angst vor der Weite. Ein anderer Teil der Bürgerschaft verschob für sich die Grenzen gesellschaftlicher Konvention immer weiter und entwickelte ein Freiheits- und Individualitätsverständnis, das sich ungern von jedweder Autorität einschränken lässt. Dies wäre eine Erklärung für die zunehmenden Angriffe auf Angehörige von Organisationen, die für das Gemeinwesen und dessen stabilen Rahmen stehen: Polizei, Feuerwehr, Rettungskräfte – und natürlich Politikerinnen und Politiker. Autorität, einst Ausdruck des Geregelteten und Geordneten, wird generell angezweifelt. Als extreme und vielleicht in den vorgenannten Kategorien hybride Form erscheinen dann auch selbsternannte Reichsbürger, die sich offenbar in eine vermeintlich geordnetere Welt zurückwünschen, die es jedoch nicht mehr gibt – und wohl auch nie gegeben hat.

## Faktor 2: Angst vor Kontrollverlust

Damit verbunden ist eine in ihrer Ursache kaum konkretisierbare Angst vor Kontrollverlust, die viele Menschen womöglich beschleicht. Es sind Veränderungen, die latent, langsam und damit nicht selten – wie es der Soziologe Ulrich Beck einst treffend formulierte – „unterhalb der Aufmerksamkeitsschwelle“<sup>23</sup> geschehen. Einen Beigeschmack von Bedrohlichkeit und Unbeherrschbarkeit haben zum Beispiel technologische Revolutionen, der Klimawandel, die Veränderung von Rollen- und Familienbildern, ökonomische Fragen<sup>24</sup>, das Ende der Souveränitätsfiktion in einer multilateralen und konkurrierenden Welt, der kulturelle Wandel und die offene Frage nach nationaler, sexueller, religiöser und kultureller Identität mit der damit einhergehenden Sorge vor dem Verlust von Zugehörigkeit, um nur die sichtbarsten Elemente zu nennen. In unserer Gesellschaft drohen sich zwei Gruppen voneinander zu distanzieren: jene Gruppe, die den Wandel (auch) als Bedrohung sieht, und jene, die ihn als Fortschritt und Ausdruck von Freiheit begrüßt.

Ein modernes Beispiel: die Dichotomie von *Somewheres* und *Anywheres* als Lebenshaltung<sup>25</sup>. Für die *Somewheres* scheint die Zugehörigkeit zu einer Region, zu einem Kulturkreis, ja zu einem Dialekt oder einer Ernährungstradition essenziell zur Selbstvergewisserung der eigenen Identität. Für die *Anywheres* sind die traditionellen Zugehörigkeiten zugespitzt formuliert nichts als Fesseln, die es abzulegen gilt. Sie befriedigen ihren Wunsch nach Zugehörigkeit, der dem Menschen als *zoon politicon* innezuwohnen scheint, mit dem Aufbau von Verbindungen zu einem breiten Portfolio an möglichen Identitäten.

**In unserer Gesellschaft drohen sich zwei Gruppen voneinander zu distanzieren: jene Gruppe, die den Wandel (auch) als Bedrohung sieht, und jene, die ihn als Fortschritt und Ausdruck von Freiheit begrüßt.**

## Faktor 3: Die Falle der Rationalität

Es ist gerade der Versuch der Politik, das Unvorhersehbare und den Wettstreit miteinander konkurrierender Werte in rationalen Bahnen zu bearbeiten. Das meist nicht sichtbare Abwägen, Austarieren und das Begründen des Unbequemen fördern ohne komplementäre, empathische Kommunikation die Distanzierung von Regierten zu Regierenden. Das Dilemma, in dem sich politisches Entscheiden oftmals befindet, findet keinen Ausdruck und bleibt damit unverständlich. Dies geschieht womöglich, weil Empathie als Führungsschwäche (fehl)interpretiert werden könnte.

Gerade in Corona-Zeiten offenbart sich, wie fatal dieses Vorgehen wirkt. Das Virus mit seiner Unberechenbarkeit hat auch hierzulande sehr viele Menschen verunsichert. Maske, Lockdown, Schulschließungen, Impfpflicht – manchmal ist es gut, wenn Politik Entschlossenheit demonstriert, um Ängste einzuhegen. Wenn der wissenschaftliche Erkenntnisgewinn aber dazu führt, dass die klaren Ansagen („Impfen schützt vor Infektion“) in atemberaubender Geschwindigkeit zu Makulatur werden („Nur per Impf-Boost verringern wir das Gefährdungspotenzial einer dennoch möglichen Ansteckung“), schwindet das Vertrauen in politische Entscheidungsträgerinnen und -träger. Wer von vornherein kommuniziert, dass angesichts der Lage auf Sicht gefahren werden muss, riskiert deutlich weniger, dass das empfindliche Vertrauen zwischen Regierenden und Regierten beschädigt wird.

Es gibt drei Strategien, die ohne begleitende Kommunikation allesamt in die Irre führen können: Handeln, Abtun, Ignorieren.

Handeln: Antwortet Politik mit Handeln – mehr Polizei, mehr Abschiebungen –, wundern sich deren Protagonisten regelmäßig, dass der beschwichtigende Effekt ausbleibt. Im Privaten ein bekanntes Phänomen: etwa bei der Begegnung zweier Menschen, von denen der eine von seinen Sorgen berichtet, der andere umgehend mit Lösungsvorschlägen kommt. Wir alle wissen aus dem privaten Leben: Das geht meistens schief. Nichtsdestotrotz kann Handeln die richtige Strategie sein, um in Krisen Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Das Handeln ist dann aber – Beispiel „Abwrackprämie“ in der Finanz- und Wirtschaftskrise – mehr ein psychologisches Instrument als eine volkswirtschaftlich kohärente Maßnahme.

Abtun: In den Wahlkreisen konfrontieren Bürgerinnen und Bürger ihre Abgeordneten regelmäßig mit eigenen Sorgen, Anliegen oder Vorschlägen. Nicht selten werden dabei ihre Sorgen als unberechtigt, ihre Anliegen als nebensächlich, ihre Lösungsvorschläge als unrealistisch abgetan. Sachlich kann dies mitunter richtig sein, verstärkt allerdings das Gefühl von Hilflosigkeit und eigenem Kontrollverlust, das sich, wie oben dargestellt, aus vielen Quellen nährt. Wertschätzung gegenüber denen, die mitdenken, die sich mitteilen und die ihren Repräsentantinnen und Repräsentanten vertrauen, ist neben der rein faktenbasierten Kommunikation ein wichtiger emotionaler Anker im Dialog. Schließlich ist die Wahl einer Volksvertretung nicht nur das zeitlich befristete Übertragen von Souveränität, sondern ist auch eng an das Vertrauen für den verantwortungsvollen Umgang mit dieser Macht geknüpft.

Ignorieren: Zugleich erlebten wir Beschwichtigungsversuche durch das kommunikative – und manchmal auch durch Nicht-Handeln unterlegte – Ignorieren anstehender Veränderungsprozesse (Energiewende, Strukturwandel gerade in der Automobilindustrie, Vielfalt der Lebensentwürfe). Schlimmer noch: Passt die sich verändernde Realität nicht ins eigene Weltbild, erfolgt das Brandmarken von Politik etwa als „Linksrutsch“, wenn sie auf gesellschaftlichen Wandel reagiert. Wäre es nicht viel besser, offene Fragen, Probleme und Zielkonflikte zu benennen, auch wenn noch keine Lösung auf der Hand liegt? Das wäre etwa 2015 im Zuge der Flüchtlingskrise ein probater Weg gewesen: Von vornherein zu benennen, dass Deutschland und Europa zwar humanitäre Hilfe leisten müssen, dabei aber auch traumatisierte, verrohte oder schlecht ausgebildete Menschen ins Land gelangen, die nicht leicht zu integrieren sind. Stattdessen lag (auch aus Sorge vor latenter Xenophobie in Teilen der Bevölkerung) der kommunikative Fokus auf den demografischen Vorteilen für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Spätestens nach der Kölner Silvesternacht schlug das Pendel dann um. „Dosierte Realität“ weckt Misstrauen. Beschwichtigung gelingt in der Regel nur kurzfristig, die Wucht der anschließenden Enttäuschung ist umso größer.

Nicht alle genannten Strategien sind per se falsch. Sie funktionieren jedoch selten ohne das Adressieren der in der Bürgerschaft vorhandenen Ängste und Gefühle.

#### Faktor 4: Veränderungen der Medienwelt

Letztlich tragen auch die Veränderungen der kommunikativen Kulturen in der Vielfalt der Medien mitunter zu einer problematischen Emotionalisierung bei, die in den klassischen Kommunikationsformen rational ausgerichteter Politik keine Entsprechung finden. Zu diesen Veränderungen zählt der Wegfall der *Gatekeeper*-Funktion, die einst der Journalismus in einer überschaubaren Vielfalt von Presseerzeugnissen ausübte, durch die Offenheit des Internets in der Vielfalt der sogenannten sozialen Medien. Jede und jeder kann alles schreiben und publizieren, es entstehen neben seriösen, kritischen Informationen auch Filterblasen, deren Reichweite durch emotionale Aufheizung und inhaltliche Radikalisierung wächst. Die einstigen, für die Höhe der Anzeigenpreise relevanten Mediadata nach Auflagenstärke, Verbreitungsgebiet und Einschaltquote wurden zumindest zeitweise durch Klickraten ersetzt. Durch die Veränderungen der Geschäftsmodelle in den 2010er-Jahren weg von stärker abonnementbasierten, linearen Medien hin zum werbefinanzierten Online-Medium benötigte Rentabilität entsprechenden Traffic. Der Fachbegriff: *Clickbaiting*. Und die begehrten Klicks gibt es mehr für Emotionen als für nüchterne Fakten. Das Motto „Only bad news are good news“ gilt weiter, ist aber auf der Transrapid-Strecke des Internets ohne *Gatekeeper* und Lokführer immens beschleunigt. Eine Tendenz, der sich auch private und öffentlich-rechtliche Qualitätsmedien kaum entziehen können. Selbst diejenigen, die diese Medien reflektiert produzieren oder konsumieren,

können sich der Polarisierung ihres Umfelds nicht entziehen. Unser Gehirn ist überdies darauf ausgerichtet, Informationen, die ein Risiko beinhalten könnten, prioritär zu verarbeiten. Gewissermaßen wirkt das Säbelzahn-Warnsystem in uns bis heute fort.

Kurzum: Das Zusammenspiel von werbebasierten Geschäftsmodellen, sozialen Medien und der Technologie von Algorithmen hat eine polarisierende Eskalationsspirale in Gang gesetzt, deren Tragweite trotz der vorhandenen Reflexion erst langsam in der politischen Kommunikation gesehen, der bisher aber noch nicht begegnet wird. Brauchen wir vielleicht eine Form kommunikativen Abrüstens beim Triggern von Argwohn und Misstrauen gegenüber der Politik auch auf Seiten von Qualitätsmedien?

## Ein Lösungsversuch und zwei Probleme

Viele erinnern sich an die Versuche, diesen Phänomenen, die sich vor allem in der Ausbildung einer rechtspopulistischen Partei in Deutschland manifestierten, durch Übernahme von deren Themen und manchmal auch Kommunikationsformen entgegenzuwirken. „Klare Kante“, scharfe Töne in der Migrationspolitik auch aus Teilen der politischen Mitte, das Setzen auf einen (nicht selten auch wirklich notwendigen) „starken Staat“. Nicht nur innerhalb der Unionsfamilie wurde versucht, das Protestpotenzial der Wählerinnen und Wähler, die sich massiv von den etablierten Parteien abwandten, dadurch aufzufangen, dass die „Lösungsvorschläge“ der Partei AfD, die auf dieser emotionalen Welle schwamm, aufgegriffen wurden.

Daraus entstanden, so die hier zur Diskussion gestellte These, zwei Probleme.

Problem 1: Es geht den Betroffenen nicht originär um die Lösung von (gern aufgebauscht) konkreten Anliegen. Es geht vielmehr darum, durchaus berechtigte, aber nicht zwingend in toto lösbare Ängste und Sorgen überhaupt als verständlich und legitim anzuerkennen, sie zu benennen und deren Bedrohlichkeit durch die Behandlung im öffentlichen und politischen Diskurs zu reduzieren.

Problem 2: Durch das Reagieren auf Protest, also die Anerkennung eines vermeintlich sachlich begründeten Ursache-Wirkungs-Zusammenhangs, wird eine Kategorie von Emotionen getriggert, die sich sehr schwer wieder einfangen lässt. Salopp gesagt: Interessierte Gruppen deklarieren die Mücke zum Elefanten. Und die Politik reagiert, als gäbe es den Elefanten tatsächlich. Befinden sich Menschen erst einmal in der Empörung und Polarisierung, gelingt es immer weniger, sie kommunikativ und argumentativ zu erreichen.

# Gelebte Authentizität, Achtsamkeit und Empathie

Die Emotion gehört zu uns Menschen viel stärker, als uns mitunter bewusst ist. Von Sigmund Freud und anderen stammt das Eisberg-Modell, das auf den überwiegenden Anteil nichtrationaler (aber deswegen nicht antirationaler) und im vernunftfixierten Diskurs übersehener Determinanten in kommunikativen Situationen hinweist. Dies aufgegriffen haben verschiedene Politikerinnen und Politiker. „Politik des Gehört-Werdens“ nannte es Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann. Aber auch Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer verdankt seine Position nicht zuletzt seinem Ruf als wertschätzender Kommunikator. Wichtig ist: Nicht das Postulieren von Authentizität, Achtsamkeit und Empathie zählt – sie wollen (vor-)gelebt werden.

Daraus entstehen drei Aufgaben mit strukturellen, persönlichen und inkludierenden Elementen. Sie eint das Motto „Statt die da oben einer von uns.“

Aufgabe 1: Die Empathiefähigkeit von Organisationen wächst durch deren personelle Heterogenität. Je vielfältiger eine Organisation in ihrem Inneren ist, desto mehr Andockstellen zu ihrem gesellschaftlichen Umfeld finden sich. Zugleich nehmen sie gesellschaftliche Differenzierung in ihre inneren Entscheidungsprozesse mit auf. Volksparteien müssen erkennen, dass ihre internen Rekrutierungsmechanismen dazu tendieren, nicht immer zeitgemäße gesellschaftliche Muster auch über den Wandel hinaus zu fixieren. Finden beispielsweise Frauen oder Migranten den Weg in Kreisvorstände und auf Wahllisten? Wie groß sind die Chancen für jene mit Potenzial, die aber noch keine „Ochsentour“ im Kreisverband absolviert haben? Achten Parteien bei der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten mehr auf lokale und intern begründete Proporze als auf das Spiegeln gesellschaftlicher Vielfalt? Handeln sie „aufsuchend“ bei der Annäherung an Religionsgruppen, Vereine, Bevölkerungsgruppen und soziale Organisationen? Sind sie bereit, Außenseitern einen Sprung von außen in die eigenen Listen zu gestatten? Nur wem es gelingt, ein vielseitig anschlussfähiges Angebot zu machen, stellt sich dauerhaft zukunftstauglich auf. Andernfalls wird der Teich, in den der Köder ausgeworfen wird, absehbar kleiner.

Aufgabe 2: Auch die beste Fachpolitikerin oder der beste Fachpolitiker kommt dauerhaft nicht ohne die echte, empathische Begegnung mit ihrer oder seiner Wählerschaft aus. Das bedeutet nicht nur Zuhören als Ritual, sondern als eine Haltung, sich den unterschiedlichsten Menschen und ihren Anliegen mit der Bereitschaft zu widmen, auch ihren Blickwinkel – so krude er auch manchmal scheinen möchte – einzunehmen und auf diese Perspektive kommunikativ zu reagieren. Dabei ist auch Abgrenzung möglich. Extremistische Thesen soll und darf niemand dulden. Aber die Erörterung der Frage, was Menschen in die Arme offensichtlich übelmeinender Demagogen

treibt, ist ein brauchbarer Kompass und hilft gegen die Flucht in eine Moral, die nicht dem Gemeinwohl, sondern als Waffe dient.

Aufgabe 3: Ambition, Durchsetzungsfähigkeit und manchmal auch Ellenbogenmentalität sind wahrscheinlich notwendige Eigenschaften, um im politischen Geschäft bestehen zu können. Noch wichtigere Selektionskriterien für das Spitzenpersonal sind jedoch Empathiefähigkeit, Nahbarkeit, Authentizität und Glaubwürdigkeit. Nur mit ihnen schließt sich die emotionale Lücke zwischen Regierenden und Regierten. Rein fachliche Kompetenz und Fähigkeiten von Management und Projektsteuerung sind wichtig. Diese werden auch erwartet. Ohne die genannten Soft Skills und Teamfähigkeit werden es aber politische Repräsentantinnen und Repräsentanten zunehmend schwer haben. Es könnte also empfehlenswert sein, Soll-Profile aufzustellen und sie mit den tatsächlichen Profilen zu vergleichen, um die Intuition der Rekrutierenden – zum Beispiel bei einem Wahlparteitag – durch ein reflektierendes Instrument anzureichern.

Fazit: Nicht jede und jeder ist in der Lage, authentisch mit der gesamten Vielfalt von Bevölkerungsgruppen zu kommunizieren. Das kann nur, wer die Vielfalt als Stärke begreift und gegen allen Widerstand der medialen Öffentlichkeit den Mut hat, auch eigene Lücken und Fehler einzugestehen.

Autor

Dr. Stefan Hofmann leitet das Bildungsforum Baden-Württemberg der Konrad-Adenauer-Stiftung.

- 22 Fraenkel, Ernst 1991: Deutschland und die Westlichen Demokratien, Berlin.
- 23 Beck, Ulrich 1983: Jenseits von Stand und Klasse? Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten, in: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten, Göttingen, S. 40.
- 24 Beispielsweise ein gefühlter Souveränitätsverlust durch den nicht mehr national kontrollierten Euro; der ungewollte Abschied vom Sparbuch als einstigem Sym-

- bol finanzieller Sicherheit und Solidität; das Ende des Aufstiegsversprechens als Narrativ der Bundesrepublik bis in die 1990er-Jahre.
- 25 Zur Begriffsklärung u. a. Horx, Mathias 2018: Somewheres & Anywheres. Stadt gegen Land, Heimatverbundene gegen Kosmopoliten – Gibt es einen neuen Klassenkampf entlang der Urbanisierungsfrage? Über die Irgendwas und die Dagebliebenen, in: <https://www.zukunftsinstitut.de/artikel/wohnen/somewheres-anywheres/> [23.01.2022].